

Ulis Newsletter zur Corona-Krise vom 12.05.2020

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) fordert am heutigen Internationalen Tag der Pflegenden eine dauerhafte Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Es reiche nicht aus, wenn die Menschen für Pflegekräfte applaudieren. Es brauche jetzt aber auch verlässliche Zusagen für dauerhaft bessere Arbeitsbedingungen. „Die Beschäftigten in der Kranken- und Altenpflege sorgen an jedem Tag und in jeder Nacht dafür, dass kranke und pflegebedürftige Menschen gut versorgt werden. Dafür fordern sie Respekt auch im Alltag - das heißt vor allem gute Arbeitsbedingungen und mehr Personal“, heißt es in einer Erklärung.

Ver.di kritisierte, dass grundlegende Schutzrechte der Beschäftigten außer Kraft gesetzt blieben, während zugleich wieder verstärkt planbare Operationen durchgeführt würden. Die pauschale Aussetzung der Pflegepersonaluntergrenzen in Kliniken und die mögliche Ausweitung der Arbeitszeiten auf zwölf Stunden pro Schicht müssten unverzüglich aufgehoben werden. Das sei wichtig für den Gesundheitsschutz der Beschäftigten. Dazu gehöre auch, dass sie regelmäßig auf den Corona-Virus getestet werden und genug qualitativ hochwertiges Schutzmaterial zur Verfügung steht. Das sei längst noch nicht überall der Fall. Heute haben vielerorts Aktionen stattgefunden, entweder im virtuellen Raum oder unter Beachtung des Abstandsgebots. Hier stehen wir klar in der Pflicht dafür zu sorgen, dass die Pflegeberufe direkt nach der Corona-Krise deutlich aufgewertet und besserbezahlt und ausgestaltet werden.

Herzliche grüne Grüße, Uli

Entwicklung der Fallzahlen am 12.05.2020

Zeitraum: 09.00 bis 16.00 Uhr

Bundesrepublik: 170.508 Fälle insgesamt (Zunahme um 933); 7.533 Todesfälle (Zunahme um 116). (Quelle: RKI, 09.00 Uhr).

Baden-Württemberg: 33.478 Fälle insgesamt (Zunahme um 85); 1.596 Todesfälle (Zunahme um 26); 28.639 genesen (Zunahme um 240). (Quelle: Sozialministerium BW, 16.00 Uhr)

Rhein-Neckar-Kreis: 921 Fälle insgesamt (Zunahme um 3); 33 Todesfälle; 815 genesen. (Quelle: Gesundheitsamt RNK, 13:30). Der Rhein-Neckar-Kreis hat heute leider keine aktuellen Zahlen aus den Gemeinden zur Verfügung gestellt!

Wichtige Corona-Nachrichten

Inland

Landesregierung bringt baden-württembergischen Beteiligungsfonds für den Mittelstand auf den Weg

Für eine erfolgreiche Perspektive des baden-württembergischen Mittelstands nach der Corona-Krise müssen jetzt die Weichen gestellt werden. Deshalb hat die Landesregierung heute ein Rahmenkonzept für einen baden-württembergischen Beteiligungsfonds auf den Weg gebracht. Ein Beteiligungsfonds ist kein direktes Kriseninstrument, sondern eine Maßnahme, um die Unternehmen im Anschluss an die Krise stabiler zu machen.

Das Land führt dazu den Unternehmen zeitlich begrenzt Eigenkapital zu oder setzt Finanzierungsinstrumente mit Eigenkapitalcharakter ein und ergänzt damit andere Programme sinnvoll. Denn mit Krediten allein werden die Unternehmen ihre Einbrüche nicht bewältigen können. Sie benötigen auch Eigenkapital, um kreditwürdig zu bleiben und nach der Krise wieder Investitionen tätigen zu können. Außerdem muss verhindert werden, dass in Not geratene Unternehmen von Finanzinvestoren aufgekauft werden, die nach dem Prinzip „aufkaufen, einsparen, abschöpfen und schließlich gewinnbringend abstoßen“ agieren.

Das Land schließt damit eine wesentliche Förderlücke des Bundes, denn der Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes richtet sich vor allem an größere Unternehmen. Die Instrumente des Beteiligungsfonds umfassen Maßnahmen in Höhe von einer Milliarde Euro. Die Mindestbeteiligungshöhe pro Unternehmen wird 800.000 Euro betragen. Mit dem heutigen Beschluss des Kabinetts können die weiteren Schritte eingeleitet werden.

<https://wm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse-und-oeffentlichkeitsarbeit/pressemitteilung/pid/landesregierung-bringt-baden-wuerttembergischen-beteiligungsfonds-fuer-den-mittelstand-auf-den-weg/>

CDU-Innenminister wollte über 900 Soldaten anfordern

Der Einsatz der Bundeswehr im Innern ist seit jeher ein sehr sensibles Thema. Zu Recht hat das Grundgesetz hohe Hürden geschaffen. So muss eine Notsituation im Staat gegeben sein, etwa eine Naturkatastrophe oder Pandemie. Und auch dann muss z.B. eine Überforderung von Polizei und Sicherheitsbehörden vorliegen, bevor die Bundeswehr für Hilfsleistungen im Innern zum Zuge kommen kann. Noch strenger sind die Regeln, wenn es um die Übernahme von hoheitlichen Aufgaben geht, die der Polizei vorbehalten sind. Darunter sind Streifengänge, Objektschutz-Maßnahmen und Wachdienste zu sehen. Aber genau darum ging es dem CDU-Innenminister in den letzten Wochen. Das Bundesverteidigungsministerium selbst hat jetzt öffentlich gemacht, dass dieser über 900 Bundeswehrsoldaten für (hoheitliche) Sicherheitsaufgaben ausgerechnet in Flüchtlingsheimen angefordert hat. Dieser Vorgang ist mehr als irritierend. Wir Grüne fordern lückenlose Aufklärung. Wir haben keine Einwände gegen zivile Hilfsdienste durch Soldaten. Im Gegenteil! Schon während der starken Flüchtlingszugänge 2015/2016 hat die Bundeswehr in hervorragender Weise unterstützt: Betreuung, Essensausgabe, Logistik. Das haben wir sehr wertgeschätzt. Damit

gibt es keine Konflikte. Ein umfangreicher Einsatz im Rahmen von hoheitlichen Aufgaben, wie Wach- und Kontrolldiensten in Flüchtlingseinrichtungen war aber nie Thema. Das findet auch nicht unsere Zustimmung. Patrouillierende Soldaten, die z.B. Pandemie bedingte Quarantäne-Anordnungen umsetzen sollen gegenüber Flüchtlingen – das geht nicht! Zudem gab es keine personelle Notsituation bei der Polizei. Die Bundeswehr hat derartige Anfragen aus anderen Bundesländern abgelehnt. Strobl hat dann schnell seine Anträge zurückgezogen, um einer Blamage zu entgehen. An die Öffentlichkeit drang es dennoch.

„Tourismusgipfel“ notwendig, um der Branche Starthilfe zu geben

Wir fordern Tourismusminister Guido Wolf (CD) auf, zeitnah einen „Tourismusgipfel“ zu organisieren. Wir müssen jetzt zügig alle relevanten Akteure der Branche zusammen bekommen. Das kann auch über Videokonferenz erfolgen. Es geht darum, Existenzen und Arbeitsplätze zu sichern - und zugleich zukunftsweisende Impulse zu setzen für ein hochattraktives Urlaubsland Baden-Württemberg.

Dazu zählt auch die Förderung von Investitionen in touristische Infrastruktur, insbesondere im Bereich des nachhaltigen, klimafreundlichen Tourismus. Wir müssen gemeinsam kluge Konzepte entwickeln, wie wir das Angebot natur- und umweltschonend erweitern können. Mehr Masse – aber mit großer Klasse.

Keine Einzelfälle oder Ausrutscher: Die industrielle Fleischproduktion hat ein Problem

Es war eine Schockmeldung für viele Verbraucher: In mehreren deutschen Schlachthöfen und Fleischbetrieben haben sich Mitarbeitende mit Corona angesteckt. In einem Schlachthof in NRW soll es allein mehr als 200 Infizierte geben. In Birkenfeld bei Pforzheim stieg die Zahl der infizierten Mitarbeitenden auf rund 400 (und das bei einer 1100-köpfigen Belegschaft). All das wirft Fragen nach den Hygienestandards in den Unterbringungen der Mitarbeitenden und in der Fleischwirtschaft insgesamt auf. Denn die Probleme in dieser Branche gehen über Corona weit hinaus. Unhaltbare Zustände und Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter der schlimmsten Art sind leider keine Einzelfälle. Ganz zu schweigen von der industriellen Fleischproduktion und ihre Kostenminimierung ohne jedwede Rücksicht auf Tier und Mensch...

<https://www.sueddeutsche.de/politik/schlachthoefe-fleischproduktion-misstaende-coronavirus-1.4902875>

Wichtige Nachrichten (fast) ohne Corona

Polizeiliche Kriminalstatistik 2019: Sexualisierte Gewalt gegen Kinder nimmt zu

Die neueste Statistik zu dem immer wieder erschütternden Thema sexueller Missbrauch von Kindern liegt vor. Wir wissen alle, dass viele dieser schrecklichen Straftaten im Verborgenen geschehen. Sei es im familiären und direkten sozialen Umfeld, sei es im Darknet.

Die umfassende Statistik zeigt lediglich die Anzahl der polizeilich erfassten Fälle von Kindern, die Opfer von sexuellem Missbrauch wurden, in den Jahren von 2008 bis 2019 (vollendete und versuchte Straftaten). Im Jahr 2019 wurden in Deutschland 15.701 Kinder polizeilich erfasst, die Opfer von sexuellem Missbrauch wurden. Wir müssen davon ausgehen, dass die Dunkelziffer deutlich höher liegt. Weiterhin deutet einiges darauf hin, dass die Missbrauchsfälle in den vergangenen Monaten der Corona-Pandemie nochmals zugenommen haben. Hierüber haben wir euch schon informiert.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/pandemie-kindesmissbrauch-datenschutz-als-taeterschutz-16764907.html>

Tag für Tag – wichtige Informationsquellen

Webseiten

Bundesebene und weltweit:

https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLRsi8mtTLFAyJaujkSHyH9NqZbgm3fcv>

(Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

<https://www.bmbf.de/de/faktencheck-zum-coronavirus-11162.html>

(Faktencheck des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

Baden-Württemberg:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-liveblogbw-100.htm>

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/beratung-daheim>

Rhein-Neckar-Kreis:

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/landratsamt/coronavirus+-+faq.html>

Wichtig für euren persönlichen Umgang:

[https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-](https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsc)

[h%C3%A4tzung.pdf](https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsc)

Wichtige Infos in anderen Sprachen:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-undperson/informationen-zumcoronavirus>

Informationen in leichter Sprache:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/coronavirusleichte-sprachegebaerensprache>

Hotlines Baden-Württemberg:

Telefonberatung für psychisch belastete Menschen: 0800 377 377 6 (täglich, 8 bis 20 Uhr)

Hotline Landesgesundheitsamt: 0711 904-39555 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr)

Corona-Hotline für Unternehmen: 0800 40 200 88 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr, kostenfrei)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: 0800 011 6010 (aufgrund der Isolation rechnen Expertinnen und Experten mit einem Anstieg an Gewalt, insbesondere gegen Frauen – schrecklich!!)

Task Force „Beschaffung Schutzkleidung“: 0800 67 38 311 (Mo – Fr, 7 bis 22 Uhr; Sa – So, 9 – 18 Uhr) (Wer etwa Atemschutzmasken, Mundschutze etc. spenden will oder Ideen zur Bestellung hat, soll sich bitte hier melden)

Rhein-Neckar-Kreis: Hotline Gesundheitsamt Rhein-Neckar 06221 – 522 – 1881 (Mo – Fr, 7.30 – 19 Uhr)